

DGAPanalyse

Forschungsinstitut
der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

April 2012 N° 4

Das Ringen um Gleichheit: Integration als Chance für Frankreich

von Claire Demesmay



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Zusammenfassung

Das Ringen um Gleichheit: Integration als Chance für Frankreich

von Claire Demesmay

Seit Mitte der achtziger Jahren wird die Integrationsfrage in Frankreich ununterbrochen und leidenschaftlich diskutiert. Von Beginn an wurde sie in erster Linie mit Problemen assoziiert; eine Sichtweise, die die Diskussion bis heute prägt. Insbesondere die Präsenz der muslimischen Gemeinschaft wird von einem nicht geringen Teil der Franzosen als Bedrohung für die Identität ihres Landes gesehen.

Die französische Integrationspolitik beruht auf zwei Säulen. Einerseits soll sich der Staat unabhängig des Alters, der Herkunft oder der Religion eines Bürgers für deren gesetzliche Gleichbehandlung einsetzen. Andererseits soll jeder Bürger die Gesetze achten und ein Zugehörigkeitsgefühl für das Land entwickeln. Im Grunde waren diese beiden Säulen immer schon von Asymmetrie gekennzeichnet.

Nicht selten scheitert die Umsetzung der versprochenen Gleichberechtigung an Diskriminierung und Ausgrenzungsreaktionen. Diese Situation führt seitens der Personen mit Migrationshintergrund zu Protest, aber auch oft zu Selbstausgrenzung und Rückzug in traditionelle Identitätskreise, die das Leben in Ghettos fördert. Davon profitiert in erster Linie der religiöse Fundamentalismus.

Solche Probleme zwingen Frankreich dazu, sein Integrationsmodell zu reformieren. Im Einklang mit dem republikanischen Diskurs muss Chancengleichheit im Alltag ermöglicht werden. Außerdem wird Frankreich um eine aktivere Beteiligung der Zuwandererkinder am Gesellschaftsleben nicht herumkommen. Zu diesem Zweck muss die kulturelle Vielfalt, die der republikanische Diskurs bis jetzt nicht anerkennt, im öffentlichen Leben sichtbarer werden.

Summary

Striving for Equality: Integration as an Opportunity for France

by Claire Demesmay

In France, since the mid-eighties, the question of integration has been discussed constantly and passionately. Since the beginning the question has mostly been associated with problems—a perspective which characterizes the discussion until today. In particular, the presence of the Muslim community is perceived as a danger for the country's identity by a not inconsiderable part of French society.

The French integration policy is based on two pillars. On the one hand, the state seeks equal treatment of each citizen independently of age, nationality and religion. On the other hand, each citizen should obey the laws and develop a sense of belonging for the country. In essence, these two pillars have always been characterized by asymmetries.

Because of discrimination and social exclusion, the practical application of the promised equal treatment frequently fails. Among migrants, this situation leads to protest but also to self-exclusion and retreat into traditional culture and sense of identity; a trend which is aggravated through the live in ghettos. Religious fundamentalists mainly benefit from this situation.

As a result of this situation, France is forced to reform its integration system. In accordance with the Republican discourse, equal treatment must apply to everyday life. Additionally, France will have no chance but to seek better integration of immigrant children into the society. For this purpose, cultural diversity—so far not recognized as a Republican value—must become more visible in public life.

Inhalt

Ein wackelnder Gesellschaftsvertrag.....	5
Erstrebte Gleichheit, reale Ungleichheiten.....	8
Den »Pakt« auf eine neue Grundlage stellen.....	10
Anmerkungen.....	11

Diese DGAPanalyse erscheint im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Das Ringen um Gleichheit: Integration als Chance für Frankreich

von Claire Demesmay

»Das Thema, das die Franzosen zurzeit am meisten beschäftigt, ist die Frage des Halal-Fleisches«, behauptete Nicolas Sarkozy bei einer Wahlkampfveranstaltung im März 2012. In Wirklichkeit geht es in der Kampagne der französischen Präsidentschaftswahl viel mehr um Haushaltsdisziplin und Arbeitslosigkeit als um das Schlachten von Tieren.¹ Dennoch spielt die Zuwanderungs- und Integrationsfrage eine zentrale Rolle im Wahlkampf 2012. Insbesondere der rechtsextreme »Front national«, der in den Umfragen beachtliche Ergebnisse erreicht, fällt durch seine radikalen Forderungen auf. Aber auch die konservative »Union pour un mouvement populaire« versucht, bei diesem Thema ihr Profil zu schärfen, was Parteichef Jean-François Copé beispielweise dazu veranlasst hat, eine umstrittene Diskussion zum Islam und dem Laizismus zu initiieren.²

Die Integrationsfrage ist in Frankreich nicht neu: Seit Mitte der 80er Jahren wird sie ununterbrochen und leidenschaftlich diskutiert. Ihr Erscheinen in der öffentlichen Debatte war Ausdruck einer neuen Wahrnehmung, vor allem aber einer neuen Situation der Zuwanderung. Mit dem Anwerbestopp in den 70er Jahren und dem darauf folgenden Familiennachzug ging es weniger um die Steuerung der Migration als um die Eingliederung der Migranten in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt. Parallel zu solchen Überlegungen brachte die neue Zuwanderungssituation auch insofern Spannungen mit sich, als ein Teil der Bevölkerung sich hierdurch verunsichert und sogar bedroht fühlte und schließlich mit Fremdenfeindlichkeit reagierte. Auf der politischen Ebene spiegelten die ersten Erfolge des Front national, der 1986 zum ersten (und letzten) Mal in die Assemblée nationale einzog und sogleich 30 Plätze erhielt, solche Bedrohungsgefühle und Ablehnungsreaktionen wider.³ In Zusammenhang mit dem Aufstieg des FN sahen sich auch die Volksparteien gezwungen, Fragen der kollektiven Identität und des Zusammenlebens

in Frankreich zu thematisieren, wobei der Fokus in den ersten Jahren auf der Reform des Bürgerrechtsgesetzes (code de la nationalité) lag.⁴

Die Integrationsfrage wurde von Beginn an in erster Linie mit Problemen assoziiert; eine Sichtweise, die die Diskussion bis heute prägt. Laut einer Studie des German Marshall Fund sind 40% der französischen Befragten der Meinung, legale Zuwanderung erhöhe das Risiko von Verbrechen in der Gesellschaft.⁵ Gleichzeitig zeigt eine Umfrage der französischen Tageszeitung »Le Monde«, dass 42% der Befragten die Präsenz der muslimischen Gemeinschaft in Frankreich als eine »Bedrohung für die Identität des Landes« betrachten; demgegenüber sehen lediglich 22% in ihr eine Bereicherung für die Gesellschaft.⁶ Es ist zu erwarten, dass diese Spannungen in naher Zukunft zunehmen werden, denn zum einen wird die Wirtschaftskrise die Arbeitsmarktsituation weiter verschärfen, insbesondere in sozial schwächer gestellten Stadtteilen, wo viele Zuwanderer leben. Zum anderen trägt der Wahlkampf zu einer Polarisierung der Diskussion bei. Mehr denn je wird also die Wirkungskraft des französischen Integrationsmodells jenseits des Rheins in Frage gestellt. Ziel dieses Artikels ist es, die Gültigkeit des französischen Gesellschaftsvertrags in Bezug auf die Integrationspolitik zu prüfen. Wie hat sich das Modell im Laufe der Zeit entwickelt? Welchen Faktoren sind Integrationsprobleme im heutigen Frankreich geschuldet? Und wie »reformierbar« ist dieses System?

Ein wackelnder Gesellschaftsvertrag

Der französischen Integrationspolitik liegt die aus der Zeit der Revolution und der Republikgründung stammende Überzeugung zugrunde, dass gleiche Rechte für alle Staatsbürger den effizientesten und

legitimsten Weg für gesellschaftliche Partizipation darstellen. Ähnlich wie in der Theorie des Gesellschaftsvertrags von Jean-Jacques Rousseau⁷ beruht diese Forderung auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, das sowohl die staatlichen Institutionen als auch alle im Land lebenden Personen verpflichtet: Einerseits soll sich der Staat unabhängig des Alters, der Herkunft oder der Religion eines Bürgers für dessen gesetzliche Gleichbehandlung einsetzen. Andererseits soll jeder Bürger die Gesetze achten und so ein Zugehörigkeitsgefühl für das Land entwickeln, also willig sein, als Privatperson und Bürger zum Gemeinwohl beizutragen. Im Falle einer Unvereinbarkeit von gesellschaftlichem Zusammenhalt und persönlicher Einstellung fällt jedoch Letztere einem erwarteten Anpassungsprozess zum Opfer: »Die Zuwanderer sollen sich auch diesem Willen von uns fügen. Wenn man nach Frankreich kommt, übernimmt man die französischen Sitten«,⁸ fordert in diesem Sinne Innenminister Claude Guéant. Im zentralistischen Frankreich, das sich gern als »unteilbare Republik« präsentiert, wird der Einheit von Staat und Gesellschaft größte Bedeutung beigemessen, oft auf Kosten der kulturellen Vielfalt.

Die französische Integrationspolitik war von Anfang an »zentralisiert und staatsorientiert« ausgerichtet:⁹ als Hauptakteur dieser Politik fungiert der Staat als Garant für eine Gleichberechtigung der Bürger ebenso wie für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Aufgrund des Primats der Politik spielen in diesem Bereich andere Akteure wie etwa die Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Bestätigt hat sich im Laufe der Zeit diese Herangehensweise durch die Schaffung neuer Gesetze und Behörden, die die Wirkung der eingesetzten Integrationsmaßnahmen begutachten und die Regierung diesbezüglich beraten bzw. die verschiedenen Integrationspolitiken koordinieren. Ein Beispiel hierfür ist der 1989 gegründete Hohe Rat für Integration (Haut Conseil à l'intégration, HCI), der den Premierminister zu Fragen der Integrationspolitik berät und die Sitzungen des Interministeriellen Ausschusses für Integration (Comité interministériel à l'intégration, CII) vorbereitet. Zu jener Institutionalisierung gehört auch die Schaffung eines Ministeriums für Immigration, Integration und nationale Identität im Jahr 2007 mit dem Ziel, die verschiede-

nen Instrumente der Integrationspolitik zu bündeln. Nachdem Letzteres viel Kritik erntete, vor allem wegen des eindeutigen Zusammenhangs zwischen Zuwanderung und nationaler Identität,¹⁰ was im Besonderen einer Wahltaktik des Kandidaten Nicolas Sarkozy geschuldet war, wurde das Ministerium schließlich, nach drei Jahren, in das Innenministerium eingegliedert.

Im Grunde waren die beiden Säulen der französischen Integrationspolitik, Gleichheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt, immer schon von Asymmetrie gekennzeichnet. Zwar wurde Migranten seit dem Ende der 80er Jahre Zugang zu allen Rechten (ausgenommen der staatsbürgerlichen) und Sozialleistungen des Landes gewährt. Gleichwohl haben Entscheidungsträger und Bürger seit jeher dem »zweiten Teil« des Vertrags in seiner politischen und kulturellen Dimension größere Bedeutung zugesprochen. Von Zuwanderern und deren Kinder wird nicht nur erwartet, dass sie die französische Sprache beherrschen bzw. erlernen und die verfassungsrechtlichen Prinzipien des französischen Staates achten, sondern auch, dass sie mit dem Rest der Bevölkerung »gemeinsame Werte« teilen. So sind laut einer 2011 durchgeführten Umfrage 44% der Befragten der Meinung, dass eine bessere Kenntnis der nationalen Gesetze und Traditionen die Integration von Zuwanderern verbessern würde, wohingegen die deutschen Befragten vielmehr die Rolle des Spracherwerbs betonen.¹¹ In diesem Sinne plädiert Eric Besson, ehemaliger Minister für Immigration, Integration und nationale Identität, für das »Überwinden herkunftsbezogener Unterschiede durch die Zustimmung zu gemeinsamen Werten.«¹² Sogar die Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei (Parti socialiste) Martine Aubry, die sich stets für ein tolerantes Zusammenleben aussprach, erkennt Religionen oder persönliche Meinungen nicht an, die »unsere gemeinsamen Werte nicht respektieren.«¹³ Um welche Werte es dabei genau geht, ist unklar und stark meinungsabhängig. Fest steht in jedem Fall, dass die Themen »Gleichberechtigung« und »Laizismus«, also die im Gesetz von 1905 festgelegte Trennung von Staat und Religion – für die meisten Franzosen eine der wichtigsten Errenschaften des französischen Rechtsstaats¹⁴ – dabei eine zentrale Rolle spielen.

Oft werden in diesem Zusammenhang kulturelle und religiöse Unterschiede, gleichbedeutend mit Kommunitarismus, als Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft betrachtet. In den 80er Jahren zeigte die heftige Diskussion um verschleierte Schülerinnen, die zu einem bis heute nicht in Frage gestellten Kopftuchverbot führte,¹⁵ wie unerwünscht religiöse Symbole in der Öffentlichkeit sind. Inzwischen hat sich dieses Misstrauen bzw. diese Ablehnung des Kopftuchs kaum verändert, so ist auch keine abnehmende Tendenz zu beobachten. Laut der bereits zitierten »Le Monde«-Umfrage sind aktuell 59% der Befragten gegen das Tragen eines Kopftuchs auf der Straße. Dieser Prozentsatz ist doppelt so hoch wie noch in den Jahren zwischen 1989 (31%) und 2003 (32%).¹⁶ Mehr denn je wird diese Verunsicherung durch einen weit verbreiteten Diskurs begleitet, »wonach eine Annäherung bestimmter Werte der neuen Migranten an die, für die die Republik steht, unmöglich sei«.¹⁷ Insbesondere das Prinzip des Laizismus hält ein Teil der Bevölkerung für gefährdet. So ist es kein Zufall, dass das Burka-Verbot¹⁸ und der Verkauf von Halal-Fleisch in Supermärkten heftiger diskutiert werden als z. B. der Bau von Moscheen, denn sie unterstreichen nicht nur die Präsenz der Religion in der Gesellschaft, sondern stellen auch deren privaten Charakter in Frage.

Je größer die Verunsicherung gegenüber der Bereitschaft der Neuankömmlinge, die Werte des Landes anzunehmen, und somit auch gegenüber dem Bestand dieser Werte, desto lauter die Forderung an die Migranten, ihre Integrationsbemühungen zu verstärken. Anknüpfend an die traditionelle Rhetorik des Gesellschaftsvertrags ist seitens der Politik immer wieder von einer wirksameren Verpflichtung der Zuwanderer und somit von einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts die Rede. In diesem Zusammenhang ist Ende der 90er Jahre die Idee eines so genannten »Aufnahme- und Integrationsvertrags« (contrat d'accueil et d'intégration, CAI) entstanden, den Staatspräsident Jacques Chirac Anfang der 2000er Jahre einführte. Nach einer Testphase wurde der CAI 2007 fester Bestandteil des Einwanderungsverfahrens und soll nun als Grundlage für ein verbindliches »Vertrauensverhältnis mit gegenseitigen Verpflichtungen«¹⁹ zwischen der Französischen Republik und den Einwanderern dienen.

Von Letzteren wird erwartet, dass sie vor der Einwanderung eine Prüfung ablegen, die Kenntnisse der französischen Sprache sowie das Wissen um die »Werte der Republik« abfragt. Im Gegenzug organisiert die Nationale Agentur für die Aufnahme von Ausländern und Migranten (Office français de l'immigration et de l'intégration) einen »Informationstag« mit dem Ziel, Migranten mit dem Alltag im Aufnahmeland sowie den Institutionen und »Werten der Republik« vertraut zu machen. Sollten die Migranten keine ausreichenden Französischkenntnisse vorweisen können, werden sie aufgefordert, an einer staatlich finanzierten sprachlichen Weiterbildung (bis zu 400 Unterrichtsstunden) teilzunehmen. Die Gebührenfreiheit wird als Beitrag Frankreichs an den Integrationsprozess und somit als Teil des »republikanischen Paktes« gesehen. Ziel dieses Verfahrens ist es, einerseits Handlungsfähigkeit zu zeigen und damit bestehenden Ängsten um ein mögliches Auseinanderbrechen der Gesellschaft entgegen zu wirken, andererseits aber auch einen gewissen Druck auf Zuwanderer auszuüben. Zwar hängt die Visavergabe lediglich von der Kursteilnahme und nicht von den erworbenen Kenntnissen der Kandidaten ab, jedoch riskieren Migranten eine Nichtverlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis, wenn sie das Verfahren ablehnen.

Der Aufnahme- und Integrationsvertrag ist ein gutes Beispiel für die Entwicklung der französischen Integrationspolitik innerhalb des letzten Jahrzehnts. Auch wenn die Politik nach wie vor gern auf Symbolik setzt, wie im Fall des quasi unumsetzbaren Burka-Verbots, führt sie immer wieder neue Mechanismen und Institutionen ein, um den Integrationsdruck zu erhöhen. Dabei zeigt sie sich richtungweisend für die Zuwanderer, denn sie setzt auch auf verpflichtende Maßnahmen. Hinter dieser demonstrativen Entschlossenheit verbirgt sich jedoch auch das Eingeständnis einer gewissen Machtlosigkeit. Wie die Unruhen in den Pariser Vororten 2005 überdeutlich gezeigt haben, leben große Teile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wirtschaftlich, politisch und kulturell abgehängt am Rande der Gesellschaft. Integration wird zwar gefordert, aber der Gesellschaft selbst fehlt es an Integrationskraft und -wille. Entgegen dem Kernprinzip der Integrationspolitik wird es für Frankreich immer schwieriger, seinen Part des »Gesellschaftsvertrags« zu erfüllen; die

Umsetzung der versprochenen Gleichberechtigung scheidert offensichtlich zu oft an Diskriminierung und Ausgrenzungsreaktionen.

Erstrebte Gleichheit, reale Ungleichheiten

Dass die Republik nicht in der Lage ist, ihr »inhärente[s] Versprechen auf Zugehörigkeit und Integration«²⁰ zu erfüllen, zeigt die Situation in den »Banlieues«. Seit Jahrzehnten konzentrieren sich in diesen benachteiligten Stadtteilen in den Randbezirken der französischen Großstädte, in denen überdurchschnittlich viele Migranten leben, finanzielle, soziale und kulturelle Probleme in hohem Ausmaß. Desolate Wohnverhältnisse, eine schlecht ausgebaute oder gar fehlende Infrastruktur sowie Armut und Gewaltkriminalität sind die Merkmale einer Situation, die sich im Laufe der Zeit immer weiter verschärft hat. Eine Schlüsselrolle für diese Entwicklung spielt das fehlende Angebot an Arbeitsplätzen. In den sozialschwachen Vororten, wo der Anteil an Migranten und deren Nachkommen bei rund 50% liegt (64% in der Pariser Region), sind die beruflichen Perspektiven mehr als düster, insbesondere für die junge Generation: in diesen problematischen Stadtteilen, die die Behörden als empfindlich (ZUS)²¹ eingestuft haben, lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2010 bei 20,9%. Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren waren in diesen Gebieten im selben Jahr zu 41,7% arbeitslos. Dementsprechend lebte in den ZUS 2009 ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze – 2,7 mal so hoch wie auf nationaler Ebene.²²

Durch diese sozialen Missstände wird ein Grundprinzip der französischen Integrationspolitik in Frage gestellt. Solange die verschiedenen Institutionen der Gesellschaft – Schule, Arbeitsmarkt, Gewerkschaften und in geringerem Maße der Wehrdienst – integrativ wirkten, konnte der Vertrag zwischen Bevölkerung und Staat mit einer gewissen Gegenseitigkeit erfüllt werden: mit der schrittweisen Verbesserung des Lebensstandards von Migranten ging eine kulturelle Homogenisierung und eine voranschreitende Identifizierung mit

der Gemeinschaft einher. Seit den 70er Jahren sind diese Institutionen jedoch immer weniger in der Lage, dieser Rolle gerecht zu werden und somit den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Die staatlichen Bemühungen um eine Trendwende haben zum großen Teil ihr Ziel verfehlt. Zum einen weil die französische Regierung nicht oder in zu geringen Maße auf die richtigen Mechanismen setzte. Zum anderen weil sie eine Verschlechterung der Arbeitssituation vieler Migranten bis heute nicht vermeiden konnte. Statt die sozialen und kulturellen Unterschiede zu verringern, tragen die oben erwähnten institutionellen Akteure vielmehr dazu bei, die Unterschiede über die Generationen hinweg aufrechtzuerhalten und sie somit in der Gesellschaft weiter zu verfestigen.

Als Paradebeispiel hierfür steht das Schulsystem, das als Eckpfeiler des republikanischen Staates und damit der Integrationspolitik Frankreichs in seiner integrativen Funktion weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Wider dem wiederholten Prinzip der Meritokratie hängen die Leistungen der französischen Schüler stark von der sozioökonomische Herkunft der Familien ab. Laut PISA-Studie 2009 sind die Unterschiede in den Leistungen der Schüler mit und ohne Migrationshintergrund größer als in den meisten anderen OECD-Ländern. Beim Verstehen von Texten erzielen in Frankreich geborene und aufgewachsene Kinder erheblich mehr Punkte als Migrantenkinder der ersten Generation (79 gegen 52 im OECD-Durchschnitt), aber auch in der zweiten Generation ist ein deutlicher Unterschied erkennbar (55 Punkte gegen 33 im OECD-Durchschnitt). Insgesamt liegen erheblich mehr Schüler mit Migrationshintergrund unter dem »Kompetenzlevel 2« (42% der ersten und 35% der zweiten Generation gegenüber 17% der Einheimischen),²³ was sich auch in der Zahl der Schulabgänger widerspiegelt: unter den Jugendlichen ohne Abschluss sind Kinder von aus dem Maghreb zugewanderten Eltern überproportional vertreten. Deren Eltern verfügen oft selbst über ein »geringes Schulkapital«.²⁴ Zwar haben die politischen Entscheidungsträger Frankreichs das Problem erkannt und Maßnahmen ergriffen, wie beispielsweise die Einführung der »zones d'éducation prioritaires« (ZEP) in den 80er Jahren, um Schulen aus den sozial schwachen Vierteln finanziell zu fördern.

Bislang wurde damit jedoch wenig erreicht, was u. a. auf eine unnötige Vervielfachung von Instrumenten, eine unzureichende Nachhilfebetreuung der Schüler sowie mangelnde finanzielle Mittel zurückzuführen ist.

Paradoxerweise sichern im Land der Meritokratie Leistungen und Abschlüsse allein keinen erfolgreichen Zugang zum Arbeitsmarkt. Selbst und – insbesondere in relativen Zahlen – hochqualifizierte Zuwanderer und Zuwandererkinder stehen vor der Schwierigkeit, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden.²⁵ Dies weist darauf hin, dass neben dem Schulabschluss auch andere Faktoren für den beruflichen Werdegang eine Rolle spielen. Entscheidend ist beispielsweise, wie gut sozial vernetzt ein Bewerber mit Migrationshintergrund ist und inwiefern eine Person Misstrauen und Diskriminierung ausgesetzt ist. Gewiss sind Letztere strikt untersagt. Wie alle EU-Staaten verfügt Frankreich über einen gut ausgebauten juristisch-institutionellen Apparat im Kampf gegen Diskriminierung, der in den Jahren 2000 im Zuge neuer europäischer Gesetzgebungen modernisiert wurde. So war beispielsweise im Jahre 2004 die Hohe Behörde zur Bekämpfung von Diskriminierung und für die Gleichstellung (Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité – Halde) als regierungsunabhängige Behörde geschaffen worden, die im Falle einer Anrufung von Privatpersonen wegen Diskriminierung ein gerichtliches Verfahren einleiten konnte.²⁶ Doch noch immer verweisen regelmäßig durchgeführte Studien nach der sogenannten Testing-Methode auf eine verdeckte Benachteiligung von Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund.

Hierbei wird das Einstellungsverhalten von Unternehmen auf die Probe gestellt: zwei fiktive Bewerber mit ähnlichem Profil bei Alter, Ausbildung und Berufserfahrung stellen sich Arbeitgebern vor. Die Bewerber besitzen beide die französische Staatsangehörigkeit, sie unterscheiden sich lediglich durch ihren Nachnamen, der einmal typisch französisch klingt und einmal nicht. Laut einer Studie, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in mehreren französischen Großstädten in Niedriglohnsektoren durchgeführt hat, wird in 80% der Fälle der Bewerber mit typisch französischem

Nachnamen bevorzugt; schon bei der ersten Kontaktaufnahme mittels des Lebenslaufs favorisieren ihn 46% der geprüften Arbeitgeber – nur 13% den Kandidaten mit dem maghrebinisch bzw. schwarzafrikanisch klingenden Namen.²⁷ Bestätigt werden diese Ergebnisse durch eine Studie des Centre d'analyse stratégique über die Einstellungschancen von jungen Bewerbern im Bereich Gastronomie und Buchhaltung im Großraum Paris.²⁸ In beiden Branchen braucht der fiktive Guillaume Dupont im Durchschnitt dreimal weniger Bewerbungsverfahren als der ebenso fiktive Youcef Benzakri, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Interessanterweise spielt auch der Vorname in der Wahrnehmung der Kandidaten durch die Arbeitgeber eine Rolle: bei zwei (französischen) Bewerbern mit marokkanisch klingenden Nachnamen hat derjenige mit typisch französischem Vornamen gegenüber dem Kandidaten ohne französischem Vornamen doppelt so viele Chancen zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden – offensichtlich weckt ein französischer Vorname bei den Arbeitgebern die Vermutung einer erfolgreich(er)en Integration.

Diskriminierung wird nicht nur durch diese und ähnliche Studien nachgewiesen, sondern auch durch die Menschen im Alltag erfahren, sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei der Immobiliensuche oder im Umgang mit Polizei- und Justizbehörden. So behauptet über ein Fünftel der Zuwanderer, die in den ZUS leben, dass sie in den letzten fünf Jahren wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Staatsangehörigkeit Opfer von Diskriminierung bzw. Ungleichbehandlung waren. Dennoch stimmen die meisten von ihnen dem Satz »Ich fühle mich als Franzose bzw. Französin« zu (insgesamt: 85,5%; Zuwandererkinder: 88,9%), und dies, obwohl sie oft das Gefühl haben, dass die Mehrheitsgesellschaft genau diese französische Identität nicht anerkennt – mit dem Satz »Ich werde als Franzose bzw. Französin gesehen« sind 57% von ihnen innerhalb und 79% außerhalb der ZUS einverstanden.²⁹ Diese paradoxe Beurteilung ist Ausdruck enttäuschter Erwartungen, gleichzeitig aber auch als Kritik am französischen Integrationsmodell zu verstehen. So kann man auch das Ergebnis einer Umfrage der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne interpretieren, wonach 45% der ausländischen

Befragten die schlechte Integration von Zuwanderern in Frankreich mit der »fehlende[n] Toleranz der Aufnahmegesellschaft« erklären (zum Vergleich liegt der Anteil in Deutschland bei 33%).³⁰

Frustration führt zu Protest, wie die gewalttätigen Unruhen in den Pariser Vororten im Herbst 2005 gezeigt haben. Oft führt sie aber auch zu Selbstausgrenzung und Rückzug in traditionelle Identitätskreise, die das Leben in Ghettos fördert. Vor allem da, wo Zukunftsperspektiven fehlen, wo also die Hoffnung auf Anerkennung und Eingliederung in die Gesellschaft unbeantwortet bleibt oder sich zumindest nicht ohne Kraftanstrengungen erfüllen lässt, entwickeln sich Subkulturen mit der Tendenz, sich mehr und mehr von der Mehrheitsgesellschaft abzukoppeln. Auf diese Weise erklärt Gilles Kepel u. a. die Entstehung der »kulturellen Reislamisierung« sozialschwacher Vororte, die seit etwa zwei Jahrzehnten zu beobachten ist.³¹ Anhand von Gesprächen mit Zuwandererfamilien in den Banlieues von Clichy-sous-Bois und Montfermeil stellt der Politikwissenschaftler fest, dass neue Akteure und Wertesysteme Schritt für Schritt das Vakuum gefüllt haben, das die abgeschwächten Staats- und Arbeitsstrukturen in den Pariser Randbezirken hinterlassen haben. In einem Kontext der Frustration und Resignation war es islamischen Missionsbewegungen möglich, an Einfluss zu gewinnen und den Anwohnern dieser Stadtteile eine kollektive Ersatzidentität zu bieten, was die Hinfälligkeit des klassischen Integrationschemas deutlich macht. Dieses Bild setzt sich ganz und gar dem Ideal des Gesellschaftsvertrags zuwider: nicht nur den staatlichen Institutionen misslingt es, ihren Teil des Vertrags zu erfüllen, sondern infolgedessen auch Teilen der Bevölkerung, die sich entschließen, auf ein Zusammenleben nach dem republikanischen Modell zu verzichten, und sich von der Mehrheitsgesellschaft kulturell abwenden.

Den »Pakt« auf eine neue Grundlage stellen

Solch systemische Probleme zwingen Frankreich dazu, sein Integrationsmodell zu reformieren. Ein komplettes Umdenken wäre jedoch kontraproduktiv. Obwohl dieses System als zu intolerant gegenüber

anderen Kulturkreisen kritisiert wird und Alltagsdiskriminierung in Frankreich erkennbar ist, hat es auch Vorteile, die es in Zukunft weiter auszubauen gilt. Insbesondere die kulturelle Integration kann auf Erfolge verweisen. In religiöser Hinsicht wird Frankreich immer heterogener: Unter den Menschen zwischen 18 und 50 Jahren zählt Frankreich 11,5 Millionen Katholiken, 2,1 Millionen Muslime, 500 000 Protestanten, 150 000 Buddhisten und 125 000 Juden; zu 45% besteht die Bevölkerung aus Agnostikern bzw. Atheisten.³² Trotz dieser Vielfalt und einer aktuellen Tendenz zur Gettoisierung liegen der Interaktionsgrad zwischen den Personen aus den verschiedenen Gruppen sowie die Identifikation mit der Gesellschaft nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau³³ – was u. a. der strikten Trennung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten zu verdanken ist. Ein Hinweis dafür ist die hohe Zahl an Mischehen, die 13% der in Frankreich geschlossenen und 27% aller Ehen der im Land lebenden Personen ausmachen.³⁴ Auch bezüglich des Kriteriums Sprachkenntnisse lassen sich gewisse Erfolge der Integrationspolitik auf kultureller Ebene verzeichnen. Da ein großer Teil der Zuwanderer aus frankophonem Ländern stammt und das Land über ein gut ausgebautes Vorschulsystem (»école maternelle«) verfügt, sind 80% der Zuwanderer in der Lage, die französische Sprache gut bzw. sehr gut zu verstehen und zu sprechen.³⁵

Um diese Errungenschaften zu bewahren ohne die Misserfolge der letzten Jahrzehnte zu wiederholen, muss das Gleichgewicht zwischen den beiden Säulen des Gesellschaftsvertrags wiederhergestellt werden. Im Einklang mit dem republikanischen Diskurs muss nicht nur die kulturelle Kohäsion, sondern auch das Gerechtigkeitsprinzip ernst genommen werden. Denn der Zusammenhalt der Gesellschaft setzt voraus, dass auch den Bewohner der vernachlässigten Vororte die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und dadurch die Aussicht auf ein besseres Leben geboten wird. Um Chancengleichheit zu ermöglichen, ist ein massives Investitionsprogramm insbesondere im Bereich der Bildungspolitik notwendig. Der Plan »Espoir Banlieue«, den die Fillon-Regierung im Sommer 2008 zu diesem Zweck verabschiedet hat, ist zwar »ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Taten werden der Dringlichkeit der Probleme

nicht gerecht.«³⁶ Sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht muss noch viel mehr für die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozialschwachen Vierteln getan werden. Den Empfehlungen der OECD zufolge sollte der Schwerpunkt vorrangig auf intensive Nachhilfeprogramme, auf die Entwicklung von alternativen Methoden der Pädagogik und auf eine Verkleinerung von Klassengrößen gelegt werden.³⁷ Vor allem aber müssen entsprechende Maßnahmen bereits im Vorschulalter greifen und dauerhaft angelegt werden. Nicht zuletzt könnte die Integration der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt durch eine bessere – und somit auch gerechtere – Anerkennung von Bildungsabschlüssen und im Ausland gesammelter Berufserfahrung gefördert werden.³⁸

Mehr Gerechtigkeit im Alltag kann allerdings nur zu einer besseren Integration beitragen, wenn gleichzeitig auch gegenseitiges Misstrauen abgebaut wird. Zu diesem Zweck ist es notwendig, dass sich die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft um das soziale Zusammenleben verschiedener Kulturen verstärkt bemühen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Charta der Vielfalt (*charte de la diversité*), mit der sich über 3.000 Unternehmen seit 2004 verpflichtet haben, den Anteil an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu erhöhen.³⁹ Solche Programme sind wichtig und sollten nicht nur im privaten Sektor, sondern auch im öffentlichen Dienst weiter ausgebaut werden, der diesbezüglich noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Auch die Einführung von »Patenschaften«, die die Jugendlichen aus den Banlieues mit Familien aus der Mehrheitsgesellschaft zusammenbringen, ist ein guter Weg, sowohl die berufliche Integration Ersterer zu fördern als auch Letztere für die Komplexität der Integrationsprobleme zu sensibilisieren und diesbezüglich in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen.⁴⁰

Schließlich wird Frankreich um eine aktivere Beteiligung der Zuwandererkinder am Gesellschaftsleben nicht herumkommen. Es ist zu wünschen, dass sich Bürger und Entscheidungsträger schnell auf diese Entwicklungen einstellen und sie mitgestalten, statt sie passiv oder sogar defensiv zu erleben. Dazu gehört auch die Bereitschaft zu einem Tabubruch: die kulturelle Vielfalt, die der republikanische Diskurs bis jetzt aberkennt, muss im öffentlichen Leben sichtbarer werden. In diesem Sinne hätte eine größere Präsenz von Personen mit Migrationshintergrund in Berufen, die der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, viel mehr als nur eine symbolische Wirkung. Insbesondere in den Bereichen Medien, Politik und Gewerkschaft – zum Beispiel durch eine festgelegte Quote fürs Personal – würde eine solche Maßnahme zu einer Aufwertung der Zuwandererkinder als verantwortliche Mitbürger und Repräsentanten des Kollektivs beitragen. Außerdem wäre es sinnvoll, Multiplikatoren wie Polizisten und Verwaltungsbeamte im Rahmen von regulären Programmen der politischen Bildung gegen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen sowie für Toleranz stärker zu sensibilisieren. Es geht nicht darum, ein multikulturelles Gesellschaftsmodell wie etwa das Großbritanniens zu übernehmen, sondern die bestehende Vielfalt wahrzunehmen und anzuerkennen. Soviel Anpassung ist eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern in die französische Gesellschaft wert.

Dr. Claire Demesmay, Programmleiterin, Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen (DGAP).

Der Dank der Autorin geht an Dr. Mechthild Baumann vom Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien e. V. für ihre kritische Durchsicht des Artikels und ihre nützlichen Anmerkungen.

Anmerkungen

- 1 Fleisch ist dann »Halal«, wenn das verwendete Schlachtvieh gemäß islamischen Regeln geschlachtet wurde.
- 2 UMP-Konvent, Paris, 5.4.2011.
- 3 In den 80 und 90er Jahren war die Kartographie der FN-Wähler an die Präsenz maghrebinischer Zuwanderer gebunden. Vgl. Emmanuel Todd, *Le destin des immigrés*,

Paris 1994.

- 4 Vgl. Claire Demesmay, *Identité et diversité culturelle, enjeux polarisants du débat politique*, in: Demesmay et Manuela Glaab (Hrsg.), *L'avenir des partis politiques en France et en Allemagne*, Villeneuve d'Ascq 2009, S. 191–208.

- 5 German Marshall Fund, Transatlantic Trends: Immigration, Key Finding 2010, <http://trends.gmfus.org/immigration/doc/TTI2010_English_Key.pdf>.
- 6 Umfrage IFOP/Le Monde, Regard croisé France/Allemagne sur l'Islam, 13.12.2010, <http://s1.lemde.fr//mmpub/edt/doc/20110104/1461011_8fd0_rapport.pdf>.
- 7 Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Stuttgart 1957.
- 8 Claude Guéant, Interview, LCI, 17.11.2011.
- 9 Rosemarie Sackmann, Integration von Zuwanderern in Frankreich und in den Niederlanden, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 2001/1, S. 80–96, hier S. 80.
- 10 Vgl. z. B. den Artikel, die 20 Wissenschaftler in der Tageszeitung Libération unterschrieben haben: Nous exigeons la suppression du ministère de l'Identité nationale et de l'Immigration, in: Libération, 4.12.2009, <<http://www.liberation.fr/societe/0101606559-nous-exigeons-la-suppression-du-ministere-de-l-identite-nationale-et-de-l-immigration>>.
- 11 Stiftung Genshagen/Institut Montaigne (Hrsg. – Genshagener Papiere, Nr. 8), Zuwanderung und Integration in Deutschland, Frankreich und Europa, November 2011.
- 12 Eric Besson, Interview, in: Le Point, 30.9.2010.
- 13 Martine Aubry, Europe 1, 2.3.2011, <<http://www.europe1.fr/Politique/Aubry-Sarkozy-veut-faire-peur-aux-Francais-436419/>>.
- 14 Umfrage Ifop/La Croix, Les Français, la laïcité et le rôle des religions, 10.3.2008.
- 15 Vgl. Janine Ziegler, Das Kopftuchverbot in Deutschland und Frankreich, Paderborn 2011.
- 16 Umfrage IFOP/Le Monde, Regard croisé France/Allemagne sur l'Islam, 13.12.2010, <http://s1.lemde.fr//mmpub/edt/doc/20110104/1461011_8fd0_rapport.pdf>.
- 17 Murielle Maffessoli, Zuwanderung und Integrationspolitik in Frankreich, in: Frank Baasner (Hrsg.), Migration und Integration in Europa, S. 13–42, hier S. 34. Vgl. auch Identité, citoyenneté : être français aujourd'hui, Debatte mit Christophe Bertossi, in: La Tribune, 31.5.2010.
- 18 Das Verbot der Ganzkörperverschleierung in der Öffentlichkeit ist im Frühling 2011 nach einer zweijährigen Diskussion in Kraft getreten. Laut eines Berichts des französischen Innenministeriums sind weniger als 400 Frauen davon betroffen.
- 19 Internetseite der Französischen Botschaft in Deutschland, <<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article4987>>.
- 20 Ingrid Tucci/Olaf Groh-Samberg, »Das enttäuschte Versprechen der Integration«, in: Swiss Journal of Sociology 34(2), 2008, S. 307–333.
- 21 Unter »zone urbaine sensible« versteht man Stadtteile mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit, die ein Recht auf gewisse Steuerbefreiungsmaßnahmen haben. Hier leben 7% der französischen Bevölkerung.
- 22 Observatoire national des zones urbaines sensibles (Hrsg.), Rapport 2011, November 2011, <http://www.ville.gouv.fr/IMG/pdf/rapport_onzus_2011.pdf>.
- 23 OECD, PISA 2009. Note de présentation (France), <<http://www.oecd.org/dataoecd/33/7/46624019.pdf>>.
- 24 Christelle Hamel, Laure Moguérou, Emmanuelle Santelli, L'entrée dans la vie adulte des filles et fils d'immigrés, in: Politiques sociales et familiales, Nr. 105, September 2011, S. 52.
- 25 OECD, Les immigrés et l'emploi : l'intégration sur le marché du travail en Belgique, en France, aux Pays-Bas et au Portugal. Synthèse et recommandations, 15.1.2009, <<http://www.oecd.org/dataoecd/61/41/41708177.pdf>>, S. 3–4.
- 26 Unter den 10 545 Beschwerden, mit welchen sich die Halde 2009 befasst hatte, hatten 28,5% eine Begründung rassistischer Natur. 2011 wurde 2011 Halde wieder aufgelöst.
- 27 E. Cediey/F. Foroni, Les discriminations à raison de « l'origine » dans les embauches en France (Bureau International du Travail), Genf, März 2007, S. 69–70, <<http://www.ilo.org/public/english/protection/migrant/download/imp/imp85f.pdf>>.
- 28 Emmanuel Duguet, Noam Leandri, Yannick L'Hority, Pascale Petit, Discriminations à l'embauche: Un testing sur les jeunes des banlieues d'Île-de-France (Centre d'analyse stratégique), Paris 2007, <<http://www.discriminations.inegalites.fr/IMG/pdf/2007-03-05discriminationsembau-che-testing.pdf>>.
- 29 Observatoire national des zones urbaines sensibles (Hrsg.), op. cit. (Anm. 22).
- 30 Stiftung Genshagen/Institut Montaigne (Hrsg.), op. cit. (Anm. 11).
- 31 Gilles Kepel, Banlieue de la République, Paris 2011.
- 32 Patrick Simon/Vincent Tiberj, Religion, in: Cris Beauchemin, Christelle Hamelle and Patrick Simon (Hrsg.), Trajectories and Origins. Survey on Population Diversity in France, Paris, Oktober 2010, S. 121–126, hier S. 122.
- 33 Patrick Weil, Les deux États face à leur diversité : Quelles sont les évolutions des sociétés ? Où en est la recherche ?, Religion et intégration. Le débat en France et en Allemagne. Actes du colloque du 5.6.2008, Haus Heinrich Heine, Paris.
- 34 Institut national d'études démographiques, <http://www.ined.fr/fr/france/mariages_divorces_pacs/mariages_mixtes>. Cécilia Gabizon, Pourquoi la France compte 27% de mariages mixtes, in: Le Figaro, 21.1.2010.

- 35 Observatoire national des zones urbaines sensibles (Hrsg.), op.cit. (Anm. 22), S. 91.
- 36 Ernst Hillebrand/Christian Kreuder-Sonnen, »Espoir Banlieue« – Ein Marshall-Plan für die französischen Vorstädte?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, März 2009, <<http://www.fesparis.org/common/pdf/publications/Plan%20Banlieue.pdf>>.
- 37 OECD, Les immigrés et l'emploi, op.cit. (Anm. 25), S. 5–6.
- 38 Ibid., S. 3.
- 39 Vgl. <<http://www.charte-diversite.com>>.
- 40 OECD, op.cit. (Anm. 25), S. 8.

